

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Das Problem ist die soziale Ungerechtigkeit

Aus Sicht der Gewerkschaften im DGB-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet: Die Polarisierung in der Gesellschaft nimmt zu; Einfache Lösungen und Feindbilder haben Konjunktur; Gewalt, von der verbalen Forderung nach einem Schießbefehl, bis hin zu Anschlägen, Angriffen und Mordversuchen zeigen eine gefährliche Radikalisierung und Verrohung.

Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus sind keine Alternative, sondern Ideologien, die Menschenrechte und gewerkschaftliche Grundwerte mit Füßen treten. Nach NPD und Pro-Gruppierung zeigt die AfD durch immer stärker hervortretende nationalistische und rassistische Aussagen eine rechtsextremistische Ausrichtung. Wir treten klar und deutlich gegen jegliche Form von Rechtsextremismus und Rassismus ein. Nein zu Rassismus – egal ob er am rechten Rand oder in der sogenannten Mitte der Gesellschaft stattfindet. Dazu gehört auch, dass populistische, rechtsextremistische oder rassistische Aussagen in der Kantine, an der Werkbank oder im Büro nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Für Menschenwürde, Sozialstaatlichkeit und Demokratie.

Wir lassen es nicht zu, dass Geflüchtete, aber auch Migrantinnen und Migranten und „anders Aussehende“ zu „Sündenböcken“ einer verfehlten Politik gemacht werden. Es geht im Kern um fehlende soziale Gerechtigkeit. Hier haben die Gewerkschaften mit ihren Renten-, Steuer- oder Arbeitsmarktkonzepten, mit ihren Vorschlägen zum Bildungssystem und Wohnungsbau, mit dem Marshall-Plan für Europa und weiteren Positionspapieren klare Wege aufgezeigt.

Zäune und Abschottung sind keine Lösung. Die Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Dazu gehört der selbstkritische Blick, welche Verantwortung Deutschland und die anderen Industrienationen mit der bisherigen Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungspolitik an den Fluchtursachen haben.

Deutschland ist reich! Der Reichtum ist aber ungleich verteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Dies ist eine Gefahr für die Gesellschaft! Wir brauchen eine soziale und gerechte Steuerpolitik. Die Verteilungsfrage und die Finanzierung sozialer Infrastruktur müssen auf die politische Agenda gesetzt werden. Ungleich verteilt ist der Reichtum auch in Europa. Nationale Egoisten verhindern eine solidarische Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Europa braucht soziale Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Menschen.

Alle Menschen sind gleich: Deswegen brauchen wir keine Sonderlösungen für Geflüchtete, z.B. die Aussetzung des Mindestlohns. Wir brauchen den Mindestlohn, bezahlbare Wohnungen und gleiche Bildungschancen für alle.

Natürlich führt der Zuzug von vielen Menschen auch zu Problemen und er bringt neue Herausforderungen. Diesen müssen wir uns stellen und das darf auch nicht verschwiegen werden. Verallgemeinerungen, Pauschalierungen oder Vorverurteilungen widersprechen hingegen dem Rechtsstaatsgebot.

Nur wer selber Grundwerte lebt, kann dies auch von Zugewanderten einfordern. Sexismus ist kein „Flüchtlingsproblem“; Sexismus und sexualisierte Gewalt sind auch keine neuen Probleme. Genauso wenig neu sind traditionelle Rollenverständnisse, Intoleranz, Egoismus, Bandenkriminalität oder Gewalt. Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind: Der Einsatz gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt muss jeden Tag politische Priorität haben. Eine Instrumentalisierung durch rechte und populistische Gruppierungen von Betroffenen von Gewalt verurteilen wir.

Das Problem sind nicht die Geflüchteten, das Problem ist die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland, in Europa und in der Welt.

Grundwerte beweisen sich erst in der Krise! Jetzt kommt es darauf an, Haltung zu zeigen und für unsere Grundrechte einzustehen – damit Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität keine Worthülsen sind.